Einzelpreis 20 Pfg. • 4. Jahrgang

Freitag, 26. August 1921

Nummer 398 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bzw. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 36 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8a.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche u. Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15289

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der alldeutsche Betrug

Die Demokraten als Vorspann

Immermehr stellt sich heraus, daß der von den in München erscheinenden „Süddeutschen Monatsheften" inszenierte Feldzug in der Frage der deutschen Kriegsschuld nur den Auftakt bilden zu einem groß angelegten Vorstoß der monarchistischen Reaktion gegen die Grundlagen der deutschen Republik.

Dieser Vorstoß wird gekennzeichnet durch die verschiedensten reaktionären Kundgebungen in Bayern und im Reiche. Ihren sichtbarsten Ausdruck fand die skrupellose Agitation der bayerischen Reaktionäre in dem willkürlichen Verbot der „Münchener Morgenpost" durch den berüchtigten Staatskommissar und Polizeipräsidenten von München, Herrn Pöhner. Es zeigte sich in den auf das Verbot folgenden Tagen und Wochen sofort, daß durch das Verbot eine gefürchtete Kritik der reaktionären Treibereien gegen die Republik und gegen den internationalen Frieden mit den Mitteln einer brutalen Polizeigewalt aus dem öffentlichen Leben Bayerns ausgeschaltet werden sollte.

Nachdem sich die bayerischen Einwohnerwehren und die „Orgesch" des Herrn Escherich gewurzgenermaßen eine zeitlang totgestellt hatte, beginnen sie sich wieder zu regen. Wie die Pilze aus der Erde schießen sie nach einer hinter den Kulissen vorgenommenen Verwandlnng als Regimentsvereinigungen, Handelsgesellschaften, Sport- und Studentenvereinigungen, Schützenvereine und Notbünde aus dem bayerischen Hochlandsboden. Die Umorganisierung ist inzwischen so weit gediehen, daß sich die neuen Formationen der Einwohnerwehren mit der früheren Dreistigkeit ans offene Tageslicht wagen. Dabei tragen sie ihren monarchistischen, militaristischen und klerikalen Charakter ganz offen zur Schau.

Am deutlichsten trat dies in München hervor. Vor acht Tagen fand das Fest der Vereinigung des ehemaligen bayerischen Leibregiments statt, zu welchem die Mitglieder des wittelsbachischen Exkönigshauses in ihren alten gewohnten Generalsuniformen erschienen waren und bei dem der Münchener Erzbischof und Kardinal von Faulhaber einen Gottesdienst abhielt. In seiner Rede pries er die Wittelsbacher und die gute bayerische Eigenart, die sich nicht unterkriegen lassen dürfte. Die Festreden des Obersten Epp und des Majors Pechmann waren auf einen hetzerischen Ton gegen die Berliner „Judenregierung" und die Reichsverfassung der „Judenstämmlinge" eingestellt. Am 22. August folgte der „Generalappell" des ehemaligen in Kempten im Allgäu garnisonierten Jägerbataillons, zu dem der Kronprinz Rupprecht erschien und mit ihm eine Reihe von bekannten bayerischen Militärs. Man redete von dem Vernichtungswillen eines übermütig gewordenen Zufallssiegers und in einem Feldgottesdienst gab die katholische Kirche dieser Veranstaltung ihren Segen. Der Generalappell klang in den Ruf des Generals Ritter von Faßbender aus, daß die Anwesenden keinen höheren Willen kennen, als den, „das Deutsche Reich wieder auf die Höhe zu heben, auf der es gestanden!" Es ist kein Zufall, daß zur selben Zeit der bei München wohnende General Ludendorff in Königsberg und in Frankfurt an der Oder die Befreiung Deutschlands durch die deutsche Ostmark ankündigte.

Hand in Hand mit diesen politischen Machinationen der bayerischen Reaktion geht eine wirtschaftliche Verhetzung der bayerischen Bevölkerung gegen das Reich und die derzeitige Reichsregierung. Mit einer gewissenlosen Demagogie wird die Verantwortung für die durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die besonders Bayern immer verlangte, herbeigeführte Steigerung der Lebensmittelpreise auf die Reichsregierung abzuwälzen versucht. Dabei verfolgen die Dr. Heim und Konsorten im Verein mit ihren agrarischen Brüdern im Norden ganz bestimmte politische Absichten, die auf eine Zertrümmerung der deutschen Republik hinauslaufen, die ihnen früher oder später größere Steuerlasten als bisher aufzuzwingen genötigt sein wird. Die Steuerscheu ist mit einer der treibenden Gründe für die reaktionären, neuerdings mit verstärkter Wucht betriebenen Machenschaften.

*

Die Niederhetzung all der politischen Parteien und Richtungen, all der Organe und der Politiker, die bestrebt sind, die Verantwortlichkeiten der deutschen Kriegspolitik restlos zu klären und festzustellen, gliedert sich harmonisch in den Plan der bayerischen und deutschen Reaktionäre ein. Das deutsche Volk soll wieder in den Wahn zurückfallen, daß die Alldeutschen keinerlei Schuld am Ausbruch des Krieges und seiner Fortsetzung tragen. Dieser Wahn ist die Voraussetzung dafür, daß die Verantwortlichen des Weltkrieges in Deutschland wieder zur Macht gelangen können, und dies allein ist der Zweck der von den „Südd. Monatsheften" eröffneten und von der bayerischen reaktionären Presse restlos unterstützten Agitation, die mit einem verschwenderischen Aufwand von Papier und Druckerschwärze, aber mit um so schwächeren Argumenten arbeitet. Diese Methode kann natürlich nur bei dem unaufgeklärten deutschen Spießbürger verfangen.

Die im Auftrage der Alldeutschen von dem Polizeibüttel Pöhner niedergeknüppelte „Münchener Morgenpost" hatte in ihrer Erwiderung auf die sogenannten „Neuen Dokumente" des Münchener Geschichtsprofessors Dr. Alexander von Müller bereits festgestellt, daß die Zuverlässigkeit der bayerischen und der deutschen Aktenstücke zum Kriegsausbruch an sich angezweifelt werden müsse, weil die deutsche Diplomatie sich nachweislich eines doppelten Schriftwechsels bediente, der die in Deutschland üblichen zwei Wahrheiten oder auch Lügen so verteilte, daß eine Feststellung der letzten Verantwortlichkeiten schwer oder kaum möglich ist, zumal die entscheidenden Aktenstücke, nämlich die des deutschen Generalstabs und des bayerischen Militärbevollmächtigten noch nicht veröffentlicht worden sind.

Diese Feststellungen der „Münchener Morgenpost" hat nun den Vorsitzenden der bayerischen Demokratischen Landtagsfraktion, Herrn Dr. Dirr, der zugleich Vorsitzender des Landtagsausschusses für die Prüfung bayerischer Dokumente über den Weltkrieg und die deutsche Außenpolitik, sowie Archivdirektor in München ist, auf den Plan gerufen, um den Alldeutschen in der Frage der deutschen Kriegsschuld zu Hilfe zu kommen. Der bayerische „Demokrat" Dr. Dirr ist von der Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten", die von dem alldeutschen Herrn Coßmann, dem Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte" beherrscht wird, als „Sachverständiger" für den bayerischen Anteil an der deutschen Kriegsschuld um eine Aeußerung angegangen worden. Durch diese Aufforderung der Alldeutschen ist Dr. Dirr in seiner Würde als Vorsitzender des Landtagsausschusses gekitzelt worden, und er hat bereitwilligst die Gelegenheit beim Schopfe gefaßt, um seine Kenntnis der Schuldfrage in nicht weniger als acht Spalten der „Münchener Neuesten Nachrichten" zum besten zu geben. Er nennt die Feststellungen der „Münchener Morgenpost" ein so ungeheuerliches Unterfangen, daß man über so viel Kühnheit wahrlich staunen müsse. In seinem Eifer bringt Dirr ebensoviel Kühnheit wie die „Münchener Morgenpost" auf, denn er stellt folgendes fest:

1. Die Arbeit des bayerischen Landtagsausschusses ist noch unvollständig. Der Bericht dieses Ausschusses ist noch nicht gedruckt, weil in der letzten Zeit (!) noch einige Akten herangeholt werden konnten.

2. Es gibt private Berichte der bayerischen Gesandtschaft in Berlin, die in die Aktenveröffentlichungen der deutschen Regierung nicht enthalten sind.

Von diesen privaten Berichten sagt der „demokratische" Sachverständige, daß er sie als Berichterstatter des bayerischen Landtagsausschusses einsehen konnte. Sie sind also noch nicht veröffentlicht, aber Herr Dr. Dirr kann mit „gutem Gewissen" sagen, daß ihr Inhalt an dem Gesamtbilde der deutschen Kriegspolitik nichts Wesentliches und Entscheidendes zu ändern vermöge. Der „Demokrat" Dr. Dirr hat gut getan, seinerseits dasselbe festzustellen, was die „Münchener Morgenpost" bereits festgestellt hat, nämlich, daß neben den offiziellen Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld noch private Berichte existieren, die der Oeffentlichkeit unbekannt sind. Ob diese „privaten" Berichte nichts „Wesentliches oder Entscheidendes" zu bieten vermögen, das ist die entscheidende Frage! Jedenfalls besteht zwischen der „Münchener Morgenpost" und dem Sachverständigen Dr. Dirr Uebereinstimmung darin, daß das letzte Wort in der Frage der deutschen Kriegsschuld deutscherseits noch nicht gesagt ist. Um so gefährlicher war es für Herrn Dr. Dirr, sich so sehr zu beeilen. Aber er ist dennoch vorsichtig, denn er schreibt von „einstweiligen Bemerkungen", die seine Ausführungen darstellen sollen. Er tut gut daran, denn wir möchten ihm die Frage vorlegen, ob er die Berichte des bayerischen Militärbevollmächtigten beim Generalstab auch eingesehen hat und ob er von diesen ebenfalls mit gutem Gewissen behaupten will, daß ihr Inhalt an dem Gesamtbilde der deutschen Kriegspolitik nichts „Wesentliches und Entscheidendes" zu ändern vermag.

Herr Dr. Dirr würde erstaunt sein, wenn er als Kronzeugen für seine und die Feststellungen der „Münchener Morgenpost" über den doppelten Schriftverkehr zwischen der bayerischen Gesandtschaft in Berlin und dem

Die Einheitsfront gegen die Reaktion

Wir sind die Kraft!

Unter dieser Ueberschrift schreibt unser Zeitzer Parteiblatt, der „Volksbote", über den gestern von uns gemeldeten Hinauswurf des Kappistengenerals v. Lettow-Vorbeck aus Zeitz:

„Die mit großem Tamtam angekündigte gut organisierte Heerschau der Reaktionäre ist an der Wachsamkeit der Zeitzer Arbeiterschaft gescheitert. Fünfundzwanzig deutschnationale Vereine, zuzüglich der „höheren" Schuljugend, sollten nach der „aktuellen", „interessanten" „Zeitzer Neuesten" aufmarschieren, um die Lettow-Vorbeck-Versammlung zu einer Kundgebung des monarchistisch-chauvinistischen Gedankens zu gestalten. Fackelzug, Lorbeerkränze, schwarz-weiß-rote Fahnen sollte dem Ganzen das Gepräge der guten alten Zeit geben.

Soweit es sich um die Versammlung handelte, würde auch nicht ein einziger Arbeiter etwas gegen dieses „Vergnügen" der Nationalisten gehabt haben. Aber man plante eine öffentliche Kundgebung, um auf der Straße gegen die Republik zu demonstrieren. Der berüchtigte „Stahlhelm" hatte dabei das Arrangement in Händen. Sofort war die Erregung da. Darauf wurde der Fackelzug mit Recht vom Bürgermeister Poppe verboten. Als uns aber die Mitteilung wurde, daß dennoch eine öffentliche Demonstration des Stahlhelms geplant sei, hielt es unsere Parteileitung für ihre Pflicht, sämtliche sozialistischen Parteileitungen und das Kartell am Orte zu einer Sitzung zusammenzuberufen, in welcher einmütig der Aufruf zu einer Kundgebung der Zeitzer Arbeiterschaft gutgeheißen wurde. Als der Aufruf im „Volksboten" erschien, entschied sich der Bürgermeister Poppe zum Verbot der Versammlung, mit der Begründung, „nach den von der Behörde aus beiden Lagern gewordenen Aeußerungen steht zu erwarten, daß die öffentliche Rechtsordnung in empfindlicher Weise gestört wird".

Mit dem Verbot der nationalistischen Demonstration war auch die Gegenkundgebung eigentlich unnötig geworden. Und sofort am Nachmittag wurde von den Organisationen das Nichtstattfinden der Versammlung bekanntgegeben.

Trotzdem standen um 3/7 Uhr die Massen der demonstrierenden Zeitzer Arbeiterschaft zu Tausenden zusammengedrängt auf dem Schützenplatz. Während nach der Bekanntgabe der Versammlungsverbote und Aufforderung zur Disziplin durch den Genossen Dietrich große Massen wieder umkehrten, strömten immer noch neue Massen nach dem Schützenplatz. **Seit den ersten Revolutions- und Kapp-Putschtagen sah Zeitz noch nie wieder solche Massen auf den Beinen. Es war die Einheitsfront gegen die Konterrevolution.**

Angesichts dieser Massen war es eine unerhörte Provokation durch Sanitätsrat Dr. Richter, trotzdem ihm bekannt war, daß die Versammlung nicht stattfinden durfte, Lettow-Vorbeck durch die Schützenstraße, in welcher Abertausende Menschen vom und nach dem Schützenplatz zogen, nach dem Versammlungslokal der Deutschnationalen führen zu wollen. Mit Recht war darüber die Arbeiterschaft erregt. Sie machte der Empörung in erregten Zwischenrufen Luft, und nur schwer gelang es, den Schutzleuten und den Parteifunktionären, sie zu beschwichtigen. Aber wir dürfen auch mit Stolz sagen, daß es vor allem der Disziplin mit zu danken war, daß trotz dieser Provokation Schlimmes verhütet wurde. . .

Die Zeitzer Arbeiterschaft kann stolz auf den gestrigen Tag sein. Sie hat den Schlag der Reaktionäre glänzend pariert. Möge uns der Tag eine Lehre sein, welche Macht wir sind, wenn wir einig und geschlossen stehen. Marschieren wir auch heute noch getrennt, die wachsende Reaktion, der Kampf wird uns zusammenschweißen auf der Basis des Klassenkampfes.

In diesem Zeichen der Einheit schlagen wir allein die Schlachten unserer Klasse zum endgültigen Sieg des Sozialismus."

*

Zu den Vorgängen in Zeitz verlautet von „zuständiger Stelle" noch folgendes:

Der von der deutschnationalen Partei angekündigte Vortrag des Generals v. Lettow-Vorbeck, vor allem aber die Absicht, dem General einen Fackelzug darzubringen, hatte bei den Anhängern der drei sozialistischen Parteien von vornherein so starke Wut ausgelöst, daß die Polizei mit heftigen Zusammenstößen rechnete. Als Protest gegen den beabsichtigten Vortrag hatten die Linksparteien im „Schützenhaus", wo Lettow-Vorbeck sprechen sollte, zur gleichen Stunde eine Versammlung ihrer Anhänger einberufen, in der über Lohnerhöhungen und Brotwucher gesprochen werden sollte. Die Unabhängigen und Kommunisten hatten durch besondere Boten ihre Parteifreunde aus der Umgegend aufgeboten, die die Gegendemonstration verstärken sollten. Um Zusammenstöße zu vermeiden, verbot die Polizei sowohl die von den Deutschnationalen als von den Linksparteien einberufenen Kundgebungen. Zur festgesetzten Stunde begab sich General v. Lettow-Vorbeck mit einigen Freunden nach dem Schützenhaus, wo sich trotz des polizeilichen Verbotes etwa 500 bis 600 Mitglieder der Linksparteien versammelt hatten. Die Polizei war unter Leitung eines Inspektors zur Stelle, begnügte sich aber, vorläufig die Ordnung aufrechtzuerhalten. Als der General in dem Lokal eintraf, erhob sich ein riesiger Tumult. Es ertönten Rufe wie: „Massenmörder! Schlächter! Nieder mit dem Militaristen!" usw. Die Haltung der Menge wurde so drohend, daß die Polizeibeamten den General umgaben, um ihn vor Uebergriffen der außerordentlich erregten Menge zu schützen. Lettow-Vorbecks Begleiter versuchten, den General, gegen den wüsteste Beschimpfungen ausgestoßen wurden, nunmehr in seine Wohnung in der Stadt zurückzugeleiten, doch war es bereits zu spät. Die Menge umringte den General, den nach Angabe der zuständigen Stelle die Polizeibeamten nur unter persönlicher Gefahr schützen konnten. Auf den spontanen Ausruf eines noch unbekannten Mannes: „Raus mit dem Massenschlächter aus der Stadt", schob und drängte man Lettow-Vorbeck durch die nach dem Bahnhof zu abfallenden Treppenstraßen weiter. Zufälligerweise war auf dem Bahnhof gerade ein Zug eingelaufen, der nach Weißenfels ging. Lettow-Vorbeck war gewillt, den Zug zu besteigen, der damit unter den Triumphrufen seiner Eskorte den Bahnhof verließ.

Außenministerium in München einen heute noch im Amte befindlichen hohen Staatsbeamten anrufen könnte. Es gibt nämlich einen solchen Staatsbeamten, der festgestellt hat,

daß es im bayerischen diplomatischen Dienst üblich war, einen doppelten Schriftverkehr zu führen. Der eine war ein sekreter (geheimer), der nur zur privaten Information des Ministerpräsidenten Hertling diente und der den Beamten und Referenten des bayerischen Außenministeriums nicht zugänglich war. In diesen privaten Berichten wurde die politische Lage wahrheitsgetreu und freier und offener dargestellt. Diese Berichte durften nur eigenhändig vom Ministerpräsidenten behandelt und erledigt werden. Daneben lief ein offizieller Bericht, der die laufende Nummer trug und den zuständigen Referenten zugänglich war. Diese offiziellen Berichte wurden so abgefaßt, daß sie gegebenenfalls der Oeffentlichkeit übergeben werden konnten.

Dieses Zeugnis eines hohen Staatsbeamten rechtfertigt die in der „Münchener Morgenpost" aufgestellte Behauptung von der doppelten Buchführung der deutschen Diplomatie. Auch die Ausführungen des Dr. Dirr können dieses wertvolle Zeugnis nicht abschwächen, im Gegenteil, sie bilden mit einen verstärkten Grund für unsere Forderung nach Veröffentlichung der Akten des deutschen Generalstabs, des bayerischen Militärbevollmächtigten und der bisher nicht veröffentlichten „privaten" Gesandtschaftsberichte!

Demokraten und Steuern

Die Berliner Handelskammer gegen die Goldwerterfassung

Anläßlich des Todestages von Friedrich Naumann erinnert die „Frankfurter Zeitung" an seinen Ausspruch aus dem Jahre 1911:

„Die Zeit, wo nationale Ideale auf der rechten Seite eine Heimat zu haben schienen, senkt sich ihrem Ende entgegen. Wer wär es, der dem Vaterlande die Erbschaftssteuer versagte?"

Sie knüpft daran folgende berechtigte Mahnung:

„Die Deutsche Demokratische Partei vor allem wird ihres ersten Führers gedenken und in seinem Geiste sich bewußt bleiben, daß vaterländische Gesinnung nicht in schönen Reden sich erschöpfen kann; daß sie sich beweisen muß wie in sittlichem Opfermut für das Volksganze, so auch in der Erkenntnis unlöslicher Verknüpfung der wirtschaftlichen Einzelinteressen mit dem wirtschaftlichen Schicksal der Volksgemeinschaft. Wenn Deutschland nicht vollends zusammenbrechen soll, muß es in absehbarer Zeit dazu kommen, seinen Reichshaushalt in erster Linie aus sich selbst zu balanzieren, und muß es wenigstens den ehrlichen Versuch machen, die Reparationsverpflichtung, die es unterzeichnet hat, zu erfüllen. Das ist die nationale Aufgabe, die uns heute gestellt ist, und die bei den kommenden Steuererörterungen stets in erster Linie stehen muß. Danach erst darf sich die Frage erheben, wie die Einzelbetriebe möglichst vor unerträglicher Erschütterung bewahrt werden. **Eine demokratische Partei aber wird keinen Augenblick übersehen dürfen, daß gerade die breitesten Schichten unserer Bevölkerung mit ihrem Lebensinteresse an der Lösung jener ersten Aufgabe hängen, daß sie keinerlei Steuern so sehr zu fürchten haben, wie die fortdauernde uneingeschränkte Drehung der Notenpresse, deren alles vertrauende Wirkung schließlich nicht mehr auszugleichen ist!"**

Wie wenig jedoch die von der demokratischen Partei vertretenen Kreise des Handels diesen Gesichtspunkten zugänglich sind, läßt die Entschließung der Berliner Handelskammer zu den neuen Steuerplänen erkennen, deren Schlußabsatz lautet:

„Entschieden ist endlich davor zu warnen, daß gleichzeitig mit den angekündigten Steuerplänen der Regierung, deren Verwirklichung in jedem Falle das Wirtschaftsleben auf das schwerste angreifen wird, doch andere Mittel zur Erfassung des Besitzes gesucht und oder gar versucht werden, die von neuem das Gleichgewicht zwischen direkten und indirekten Belastungen verschieben und, zumal in Verbindung mit den Steuern, Industrie und Handel vor die Unmöglichkeit organischer Fortentwicklung stellen würden."

Diese Gegnerschaft gegen die Erfassung der Goldwerte, der Ruf nach Schutz der „organischen Fortentwicklung" und das Verlangen nach Beseitigung des Achtstundentages, läßt deutlich erkennen, daß der Schutz des Geldbeutels der Besitzenden bei der demokratischen Partei wahrscheinlich auf viel stärkere Berücksichtigung zu rechnen hat, als die allgemein volkswirtschaftlichen sowie die ethischen und moralischen Erwägungen, die die „Frankfurter Zeitung" empfiehlt.

Die Befriedung Oberschlesiens

Die Rückkehr der Flüchtlinge

Nachdem die ersten Schritte zur Verständigung in Oberschlesien von deutscher und polnischer Seite eingeleitet sind, haben nunmehr Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission stattgefunden, über die der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien mitteilt:

Die am vergangenen Sonntag eingeleiteten Besprechungen zwischen der Interalliierten Kommission und Vertretern des Deutschen Ausschusses und des Obersten Polnischen Volksrates haben heute zu folgendem Ergebnis geführt:

Die Interalliierte Kommission wird sich der Sicherheit der zurückgekehrten Flüchtlinge ganz besonders annehmen und erneute Bedrohungen oder gar Gewalttätigkeiten gegen die heimgekehrten Flüchtlinge in strengster Weise ahnden. Durch einen entsprechenden Aufruf an die Bevölkerung wird sie hiervon Kenntnis geben. Die Kreiskontrolleure und ihre Organe werden von der Interalliierten Kommission eingehende Anweisungen erhalten, daß sie ihrerseits verpflichtet sind, etwaigen neuen Beschwerden der Heimgekehrten sofort und energisch abzuhelfen. Im gleichen Sinne werden alle übrigen Behörden Anweisungen erhalten. Der von der Interalliierten Kommission beauftragte Major Williams wird sich persönlich von der Durchführung der Anordnungen der Interalliierten Kommission durch Besuche bei den zurückgekehrten Flüchtlingen überzeugen.

Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien und der Oberste Polnische Volksrat werden durch besondere Beauftragte darüber wachen, daß die zurückgekehrten Flüchtlinge nicht von neuem irgendwelchen Belästigungen und Verfolgungen ausgesetzt sind, und der Interalliierten Kommission Bericht über ihre Wahrnehmungen erstatten. Die Zurückführung der Flüchtlinge erfolgt nach einem bestimmten Plane, nach dem zuerst die aus den Kreisen Gleiwitz, Groß-Strehlitz und Lublinitz Geflüchteten zurückkehren und dann die Flüchtlinge aus den Kreisen Oppeln, Kosel, Tarnowitz, Hindenburg und Beuthen. Zuletzt wird die Zurückführung der Flüchtlinge der übrigen Kreise erfolgen.

Die Interalliierte Kommission hat ihre weitgehende Unterstützung und Mitwirkung für die nach den deutsch-polnischen Vereinbarungen zu bildenden paritätischen Ausschüsse zugesichert.

Der Mord an Major Montalègre vor Gericht

Vor einem besonderen Gerichtshof des außerordentlichen Kriegsgerichts der Interalliierten Kommission fand am Donnerstag in Tarnowitz die Verhandlung gegen den 20 Jahre alten Grubenarbeiter Leo Joschke aus Rokitnitz bei Beuthen statt, der angeklagt ist, in Beuthen am 4. Juli d. J. den französischen Major Montalègre ermordet zu haben. Es wurden 23 Zeugen und 2 Sachverständige vernommen. Die Verhandlung, die von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags dauerte, endete mit der Verkündung folgenden Gerichtsbeschlusses: „Es wird die Vornahme einer sofortigen Leichenschau durch zwei alliierte sachverständige Aerzte unter Hinzuziehung eines deutschen Gerichtsarztes angeordnet zur Feststellung des Kalibers, der Art des tödlichen Schusses und der Entfernung, aus der der Schuß abgegeben worden ist." Die Verkündung des Urteils findet Dienstag, den 30. d. M., vormittags 11 Uhr, statt.

*

Die Hauptgeschäftsstelle des Oberschlesier-Hilfswerks erläßt eine Rechtfertigung gegenüber erhobenen Anschuldigungen, worin sie die im einzelnen getroffenen Organisationsmaßnahmen mitteilt, die jede unrichtige Verwendung der für Oberschlesien gesammelten Gelder vermeiden sollen. Außerdem ist sowohl bei der Hauptgeschäftsführung des Oberschlesier-Hilfswerks, als auch bei der Hauptverteilungsstelle in Oberschlesien („Notstandshilfe des Roten Kreuzes aus dem Oberschlesier-Hilfswerk") je ein Vertreter der Gewerkschaften ständiger Mitarbeiter.

Auf dem Bauernfang

Die deutschnationale Fraktion hat im sächsischen Landtag folgende Anfrage eingebracht:

„Ist der Staatsregierung bekannt, daß gegenwärtig Händler Phantasiepreise für Getreide, z. B. 300 Mark und mehr für den Zentner Weizen, bezahlen und daß durch solche Aufkäufe die Verbraucherbevölkerung in steigendem Maße beunruhigt wird. Die Geschäfte dieser fremden Aufkäufer müssen bei uns zu weiterer Teuerung und Hungersnot führen. Was hat die Regierung getan, um zu verhüten, daß das Getreide nach dem Auslande verschoben wird?"

Die sächsische Regierung wird hoffentlich nicht verfehlen, den Fragestellern darauf zu antworten, daß die jetzigen Mißstände im Getreidehandel die unausbleibliche Folge der von den Deutschnationalen im Reichstage gefaßten Beschlüsse sind, und daß ihre Anfrage also nur eine auf die Spitze getriebene Heuchelei darstellt.

Das beschlagnahmte deutsche Eigentum in Amerika

EE. **Washington**, 26. August.

Der amerikanische Sequester des beschlagnahmten feindlichen Eigentums, Miller, ist im Besitze von 418 727 971 Dollars. Davon sind 314 179 463 Dollars deutsches Eigentum, 39 979 015 Dollars österreichisches, 5 147 182 Dollars gehören Internierten der ehedem feindlichen Länder 29 094 164 Dollars sind das Eigentum von Amerikanern, die nach der Kriegserklärung in Deutschland blieben, 30 428 045 Dollars gehören den Untertanen anderer feindlicher Staaten. Von diesen Summen wurden Oesterreichern 9 Millionen gegeben, und 30 Millionen gehören solchen Oesterreichern, die durch die Friedensverträge Tschechoslowaken, Polen, Jugoslawen oder Rumänen wurden. Das von Miller beschlagnahmte Eigentum befand sich in Banken, Versicherungen, Gesellschaften, Baumwollfabriken, Brauereien, chemischen und optischen Fabriken. 14 Millionen Dollars entfallen auf die beschlagnahmten deutschen Schiffe, die gegenwärtig unter amerikanischer Flagge segeln.

Gegenwärtig wird in Washington die Frage erörtert, was mit dem beschlagnahmten deutschen und österreichischen Eigentum zu geschehen hätte. Der Sequester selbst ist nicht in der Lage, gegenwärtig eine Antwort zu erteilen. Er hat die Erklärung abgegeben, daß der Abschluß des Friedens zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten diese Frage regeln würde. Sobald die Ratifikation durch die beiden Länder vollzogen ist, muß vom Kongreß ein besonderes Gesetz angenommen werden, etwa derart, **daß deutsches Eigentum, welches sich in den Vereinigten Staaten befindet, zurückgegeben werden kann.** Es sei aber auch möglich, daß die Rückgabe nicht erfolgt, **dann ungefähr 400 Millionen Dollars, die gegenwärtig noch in den Vereinigten Staaten beschlagnahmt sind, sollen zum Teil als Zahlung für die von amerikanischen Bürgern und von der amerikanischen Regierung erlittenen Schäden dienen.** Die Ansprüche, die Amerika gegenüber Deutschland zu erheben hat, betragen zweifellos mehr als die Summe von 400 Millionen Dollars. Die während des Krieges in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Besitzungen wurden ihren Besitzern bisher nicht zurückgegeben, mit Ausnahme des Falles der Gräfin Bernstorff, der aber keine Ausnahme bildet. Vielmehr bestimmten die Kongreßakte vom 5. Juli 1920, daß einer in Amerika geborenen Frau eines Deutschen das Recht zustehe, die Rückerstattung ihres Eigentums zu fordern.

Forderungen der Kriegsopfer. Der Hauptvorstand des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen in Berlin übergab dem Reichsarbeitsminister Brauns eine Eingabe, in welcher eine sofortige Erhöhung der Teuerungszulage und eine besondere Wirtschaftsbeihilfe für die Kriegsopfer gefordert wird.

Wilhelm muß zahlen. Der Gemeinderat von Amerongen hat beschlossen, die Steuerpflicht des früheren deutschen Kaisers seit Ankunft in Holland anzuerkennen. Die Steuerpflicht ist auf 135 000 Gulden festgesetzt.

Kommunistische Wahlniederlage in England. Die Ergänzungswahlen in dem Südwalliser Distrikt Caerfilly, wo zum erstenmal ein Kommunist als Gegenkandidat gegen den von der Arbeiterpartei aufgestellten Kandidaten auftrat, hatten zum Ergebnis, daß der Arbeiterkandidat mit 13 699 Stimmen gewählt wurde. Der Kommunist erhielt 3502 Stimmen. Ein von den Koalitionsliberalen aufgestellter Kandidat brachte es auf 6958 Stimmen. Es handelte sich um die Besetzung eines Mandates, das bis jetzt ebenfalls der Arbeiterpartei gehörte und durch den Tod seines Inhabers frei wurde.

Chinesentum und Christentum

Die nachfolgenden Ausführungen des Leipziger Privatdozenten Dr. Eduard Erkes, die das kulturwidrige Vorgehen der christlichen Missionare in China behandeln, werden sicher dem aufmerksamen Interesse unserer Leser begegnen. Sie sind entnommen dem Band 30 der Zeitenbücherei: **Chinesen, von Eduard Erkes.** Verlag Dürr u. Weber m. b. H., Leipzig, Querstraße 14, Preis 8 M.

Vielleicht berührt es seltsam, daß wir eine zukünftige Bedeutung der chinesischen Weltanschauung für Europa als möglich erachten, während man sich von europäischer Seite seit langem rege müht, diese festeste Sicherung der chinesischen Kultur in Ostasien selbst in Trümmer zu schlagen und an ihre Stelle eine Weltanschauung zu setzen, die im Abendlande selbst dem Untergange geweiht ist. Diese Erscheinung ist jedoch nur zu verstehen als ein Teil der in den letzten hundert Jahren von europäischer Seite unternommenen Versuche die Aufteilung und Aufteilung Chinas durch Zerstörung seiner Kultur und Zerrüttung seines Volkstums zu ermöglichen. Am wirksamsten hätte sich diese ins Werk setzen lassen, wenn die religiösen und ethischen Ideen der Chinesen, die ihren Gesellschaftsorganismus zusammenhalten, gelockert würden. Denn das Aufhören des chinesischen Ahnen- und Staatskultus würde in das Gefüge der sozialen Verbände eine tiefe Bresche schlagen, die ihr völliges Auseinanderfallen zur Folge haben könnte. Was die Bekanntschaft mit Europa China sonst brachte, hat es ohne dauernden Schaden aufnehmen können. Neue Wirtschaftsmethoden, neue technische Hilfsmittel, neue politische Gedanken, neue wissenschaftliche Lehren — das alles läßt sich mit der chinesischen Kultur wohl vereinen; ist in letzter Linie wohl gar berufen, sie zu verjüngen und neu zu stützen. Ist doch auch, was der chinesische Gelehrte immer wieder mit Freuden feststellen kann, unter den modernen europäischen Errungenschaften kaum etwas, was nicht auch in China wenigstens im Keime schon einmal entdeckt oder erfunden worden wäre. Aber ganz unvereinbar mit dem Chinesentum sind die Ideen, die das europäische Geschäftsleben beherrschen; sind vor allem die Glaubens- und Sittenlehren des Christentums.

Als im 17. und 18. Jahrhundert die Jesuiten aus wirklichem religiösem Idealismus Bekehrungsversuche in China unternahmen, erkannten sie bereits klar die Unvereinbarkeit des Christentums mit dem Chinesentum und strebten die Schaffung eines besonderen, mit dem Staatskult und Ahnenkult vereinbaren Katholizismus an, der schließlich wohl nur ein um eine Anzahl katholischer Dogmen bereicherter Konfuzianismus geworden wäre. Starke Gegnerschaft innerhalb der Kirche selbst ließen diesen Plan scheitern und vernichteten damit die Aussicht der katholischen Mission. Immerhin hat sich der Katholizismus, dessen Vertreter doch zum weitaus größten Teile auch heute ehrliche Idealisten sind, nach Kräften mit der chinesischen Kultur auszusöhnen bemüht, wenngleich eine wirkliche Vereinigung der Natur der Sache nach unmöglich ist. Dagegen ist der Protestantismus von Anfang an als Feind des Chinesentums und Verbündeter der europäischen Ausbeutung aufgetreten und hat in den hundert und etlichen Jahren, die er in China wirkt, bereits mehr auf sein Gewissen geladen als Katholizismus, Buddhismus, Islam und alle übrigen fremden Lehren, die je in China Verwirrung gestiftet haben. China verdankt ihm die furchtbarsten Katastrophen seiner jüngsten Vergangenheit; der Aufstand der Tai-ping, der 1850—60 Mittelchina verwüstete, Millionen Menschenleben vernichtete und unendliche Werte zerstörte, war das Werk protestantischer Missionare. Die Wirren von 1900 waren ein Verzweiflungsausbruch des von den Missionaren bis aufs Blut gereizten Volkes. Die Wühlereien der Missionare, ihre Ansiedlungsfreiheit, ihre Stellung außerhalb des chinesischen Gesetzes, die ihnen die noch immer bestehende Konsulargerichtsbarkeit gewährt, all dies hat die Lage Chinas gegenüber diesem bedrohlichen Element unerträglich gemacht.

Und nun ihre Wirksamkeit. Was der Missionar predigt, ist genau das Gegenteil von dem, was der Chinese von jeher als recht gelernt und getan hat. Die Mission erklärt den Ahnenkult, den der Chinese als heiligsten Brauch pflegt, für heidnische Greuel, die chinesische Sittenlehre für unvereinbar mit dem göttlichen Gesetz, die chinesische Ehrfurcht für unsittlich. So richtete sie eine Scheidewand zwischen Christen und Nichtchristen auf, untergräbt Familie und Clan und trägt Verwirrung und Demoralisierung in das chinesische Volk. Ja, noch weit schlimmer; im unmittelbaren Dienste des europäischen Imperialismus arbeitet die Mission systematisch an der Untergrabung des chinesischen Staatsgebäudes und der Volksgemeinschaft. Man kennt ihren Kampf gegen die chinesische Wortschrift, die die Missionare für ungeschickt, unpraktisch, kulturwidrig erklären und durchaus durch die lateinische Schrift ersetzt haben wollen. Jedem Kenner des Chinesischen muß diese Hetze gegen dies altehrwürdige, ebenso sinnvolle und schöne wie praktische System der chinesischen Wortschrift höchst sonderbar vorkommen. Denn das Chinesische kann eine Silben- oder Buchstabenschrift überhaupt nicht verwenden und hat daher auch keine entwickelt. Es ist eine einsilbige Sprache mit zahllosen gleichlautenden Worten, die vollkommen unverständlich ist, wenn man sie mit Buchstaben geschrieben sieht. Sie braucht also eine Wortschrift, die den Sinn der gleichlautenden Worte auseinanderhält und die hat sich durch Zusammensetzung von Bildern und Symbolen in sinnreichster Weise gebildet, ganz wie Ostwald es von einer Idealschrift verlangt, die die Zeichen der zusammengesetzten durch Zusammenfügung derer der einfachen Begriffe bilden soll. Die chinesische Schrift ist so kaum schwieriger zu erlernen, als etwa die englische Orthographie, die man sich ja auch für jedes Wort besonders merken muß, und hat man sich einmal die drei- bis viertausend zum Gebrauch notwendigen Schriftzeichen angeeignet, so ist die chinesische Schrift rascher und bequemer zu schreiben als eine Buchstabenschrift. Auch sonst entspricht sie allen Anforderungen des modernen Lebens; sogar dem Telegraphen und der Schreibmaschine ist sie angepaßt worden. Welchen Grund kann also das Geschrei gegen die chinesische Schrift haben?

Die Wortschrift ist das Mittel, durch das sich die Bewohner Chinas, die ganz verschiedene, gegenseitig unverständliche Dialekte reden, als Glieder eines Volkes erkennen. Dank dem Bestehen einer von den gesprochenen Idiomen unabhängigen Schriftsprache wird sie von jedem Chinesen verstanden — denn Analphabeten gibt es nur sehr wenige — und ebenso können sich die übrigen Völker Ostasiens, die die chinesische Schrift angenommen haben, Koreaner, Japaner und Annamiten, mit den Chinesen ohne Kenntnis der gesprochenen Sprache verständigen. Die Schrift ist für den Chinesen das, was für europäische Völker die Sprache. Das einende Band, dessen Aufgabe Volk und Reich selbst zerreißen und wehrlos dem Ausland preisgeben würde. Darum eben wird sie von gewissen Vertretern der europäischen Kultur so lebhaft befürwortet. Auch der geistige Zusammenhang mit den anderen Völkern des ostasiatischen Kulturkreises würde aufhören oder wenigstens schwere Störungen erleiden, und nicht minder folgenschwer wären die Folgen für die chinesische Bildung. Von den gesamten geistigen Schätzen seiner Vergangenheit, von seiner ungeheuren Literatur, von seiner Kunst, die mit der Schrift aufs innigste zusammenhängt — ist doch die Kalligraphie in China wirklich eine schöne Kunst und eine schöngeschriebene Schriftrolle einem guten Gemälde gleichgeachtet — von allen Vorstellungen, die ihm teuer und verehrungswürdig sind, würde das chinesische Volk losgerissen; seine geistige Kultur würde versinken, wurzellos würde die chinesische Nation zur Sklavin des Auslandes werden. Das wäre freilich so recht nach dem Herzen der Missionare, die die Chinesen am liebsten zu einem für das Christentum empfänglichen Halbkulturvolk hinabdrücken würden — wie sie denn auch ihren Anhängern den Besuch des Theaters verbieten, um sie den Traditionen der nationalen Geschichte und Kultur möglichst zu entfremden.

Dem Chinesen sind alle diese Gefahren, die er ja täglich vor Augen sieht, natürlich wohlbekannt, und der gänzliche Mißerfolg der Missionen, den sie vergebens durch schönfrisierte Reklameberichte zu vertuschen suchen, zeigt aufs beste, daß er sich dagegen zu wehren versteht. Die Gefolgschaft der Missionen besteht denn auch fast ausschließlich aus Verbrechern, die durch Uebertritt zum Christentum Straflosigkeit finden, sieht doch der eingeborene Christ in China durch die Mission unter ausländischem Schutz — und aus verkrachten Existenzen, den sogenannten Reischristen, die

Die Teuerungszulagen für die Beamten

Das Ergebnis

Ueber den Abschluß der Verhandlungen mit der Regierung meldet Wolffs Bureau amtlich:

Die unter Vorsitz des Reichskanzlers geführten Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben gestern in den späten Abendstunden zu einer Einigung geführt. Das Reichskabinett wird mit größter Beschleunigung zu dieser Vereinbarung Stellung nehmen. Mit ihrer Annahme darf heute gerechnet werden. Nach Verabredung mit den Führern der Reichstagsfraktionen sollen die erhöhten Bezüge alsbald nach Zustimmung des Reichsrats angewiesen werden. Die Zustimmung des Reichstages wird nachträglich eingeholt werden.

Die Einigungsbedingungen

Die Bedingungen lauten wie folgt:

1. Der Teuerungszuschlag zum **Grundgehalt und Ortszuschlag** für die planmäßigen Reichsbeamten wird für die Orte der Ortsklasse A auf 93 v. H., für B auf 91 v. H., für C auf 89 v. H., für D auf 87 v. H., für E auf 85 v. H. festgesetzt. **Diese Erhöhung entspricht einer Aufbesserung der Gesamtbezüge um 13⅓ bis 20 Proz.**

2. Die männlichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihren bisherigen Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag **einen weiteren Teuerungszuschlag in der Höhe,** daß ihr Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag das Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag eines planmäßigen Beamten der ersten Besoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe erreicht.

3. Die weiblichen außerplanmäßigen Reichsbeamten erhalten zu ihrem bisherigen Diensteinkommen nebst Teuerungszuschlag **einen weiteren Teuerungszuschlag** bis zur Erreichung eines Gesamtbetrages, wie er sich ergeben würde, wenn unter Zugrundelegung des Teuerungszuschlags für die planmäßigen Beamten sowie des Ortszuschlags für die erste Besoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe die Diätensätze betragen würden vom Beginn des ersten Dienstjahres ab 75 v. H. und steigend beim achten Dienstjahre bis auf 100 Prozent.

4. **Die Teuerungszuschläge zu den Kinderzuschlägen** werden in den Orten der Ortsklasse A auf 200 v. H., der Ortsklassen B und C auf 175 v. H. und der Ortsklassen D und E auf 150 v. H. festgesetzt.

5. **Die vorgenannten Teuerungszuschläge werden ab 1. August 1921 gewährt.**

6. Die Unterhaltszuschüsse im Vorbereitungsdienst werden erhöht.

7. Eine Einbehaltung der vorstehend bewilligten Erhöhungen zur Abdeckung noch nicht getilgter, seinerzeit gewährter Vorschüsse wird nicht stattfinden.

8. Für die Beamten, die vor dem 1. August 1921 aus dem Arbeiterstand in das Beamtenverhältnis übernommen worden sind, findet eine Anrechnung der aus Ziffer 1 sich ergebenden Erhöhung des Teuerungszuschlags auf die Ausgleichszulage nicht statt.

Dagegen wird angerechnet:

d) Erhöhung des Grundgehalts bei Aufrückung in eine höhere Dienstaltersstufe und bei Beförderung;

e) Erhöhung des Ortszuschlags wegen des Uebertritts in eine höhere Ortszuschlagsgruppe;

f) die durch die Regelung zu 2. und 3. bewirkte Erhöhung der Diätensätze;

g) Erhöhung des Teuerungszuschlags, soweit sie auf die unter a, b und c genannte Erhöhungen des Grundgehalts-, Ortszuschlags- und Diätengesetzes zurückzuführen sind.

9. Für Angestellte finden die Ziffern 1, 4, 5 und 7 sinngemäß Anwendung. Gemäß Ziffer 2 werden die Bezüge der männlichen volljährigen Angestellten entsprechend den fünf ersten Sätzen der Ziffer 3, die Bezüge der weiblichen volljährigen Angestellten in den ersten fünf Vergütungsstufen erhöht werden.

Die Grundsätze unter Ziffer 8 finden sinngemäße Anwendung auch auf die persönlichen Zulagen der Angestellten der Reichsverwaltung gemäß § 19 des Teiltarifvertrages vom 4. Juni 1920 mit der Maßgabe, daß Erhöhungen der Bezüge infolge Versetzung des dienstlichen Wohnsitzes in eine höhere Ortsklasse mit Wirkung vor dem für die Berechnung der persönlichen Zulage maßgeblichen Stichtag auf die persönlichen Zulage in Anrechnung zu bringen ist.

10. Der bisherige **Teuerungszuschlag für männliche Arbeiter über 21 Jahre** wird ab 1. August **pro Stunde um 1 M.** erhöht werden. Hierbei sind die den Beamten gewährten Erhöhungen der Kinderzuschläge bereits mitberücksichtigt, so daß der bisherige Soziallohn der Arbeiter eine Aenderung nicht erfährt.

Eine Anrechnung auf die durch Tarifverträge oder sonstige Vereinbarungen bedingten persönlichen und besonderen Zulagen findet nicht statt. Die Festsetzung des Teuerungszuschlages für Arbeiterinnen, für Arbeiter und Lehrlinge bleibt noch besonderer Vereinbarung vorbehalten.

11. Für Pensionäre und Hinterbliebene werden die aus der Erhöhung des Teuerungszuschlages nach dem PEG., Pensionsergänzungsgesetz, sich ergebenden Folgerungen gezogen. Die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Mittel werden bereitgestellt.

Die Haltung der Berliner Eisenbahner

Die im Deutschen Eisenbahner-Verband organisierten Beamten und Arbeiter des Direktionsbezirks Berlin nahmen gestern in einer Versammlung im Lehrervereinshaus den Bericht des Bezirksleiters Knebel über die Verhandlungen entgegen. Nach der Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 25. August 1921 versammelten Mitglieder des DEV. nahmen Kenntnis von dem Angebot der Regierung und weisen dieses mit Entrüstung zurück. Sie erwarten von der Regierung, daß sie noch in letzter Stunde mehr Verständnis für die Forderungen der Eisenbahner zeigt und fordern restlose Erfüllung derselben. Sie können unmöglich annehmen, daß die Notlage der Eisenbahner und Beamten den zuständigen Regierungsstellen unbekannt ist. Sie fordern deshalb den Hauptvorstand auf, sich für die restlose Erfüllung der aufgestellten Forderungen einzusetzen. Um ein unnützes Verzögern oder bewußtes In-die-Länge ziehen der Verhandlungen zu vermeiden, ist der Regierung ein kurzfristiges Ultimatum zu stellen. Falls die Forderungen bis 1. September nicht verwirklicht sind, ist mit dem Streik zu antworten.

•

Es ist anzunehmen, daß sich der Unwille der Eisenbahner und auch der übrigen Beamtenkategorien über die gewiß nicht überwältigenden Zulagen an anderen Plätzen noch in ähnlicher Weise äußern wird. Das charakteristische Merkmal des Verhandlungsergebnisses ist, daß die Unterhändler der Beamten und Arbeiter ihre Forderung einer gleichmäßigen Aufbesserung für alle Gruppen preisgegeben haben. Sie haben sich mit einem Ausgleich zwischen den niederen und höheren Stufen begnügt. Ein Urteil über den Ausgang der Verhandlungen ist daher erst möglich, wenn die Verhandlungsteilnehmer ihre Wendung öffentlich begründet haben.

Politik der christlichen Demut

Der Zorn der in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter über die neue Brotverteuerung findet in einem Artikel der „Germania" ihren Niederschlag, allerdings in einer durch christliche Milde gedämpften Form. Das Blatt beschäftigt sich in diesem Artikel mit der Teuerungswelle und den Arbeiterforderungen in einem Tonfall, dem man es deutlich anmerkt, daß das fromme Blatt keinem etwas zuleide tun will. Es ist mit allem einverstanden, billigt auch ausdrücklich die verschiedenen Kundgebungen des A. D. G. B., aber es warnt nach allen Seiten vor Ueberspannungen. Die „Germania" **rügt den A. D. G. B., weil er in einer Veröffentlichung etwas von der Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel durchblicken läßt,** denn das sei „Expropriation", aber keine Gemeinwirtschaft. Wir brauchen Produktionspolitik, **erklärt das Blatt ohne zu sagen, worin die bestehen soll.** So bekommt die eine Seite ihre Anerkennung und ihren Tadel.

Die andere Seite wird ebenso „gerecht" behandelt. Die „Germania" macht sich den von uns schon erwähnten Bremsartikel der „Sozialen Praxis" zu eigen, fügt aber hinzu:

> „Diese gewiß nicht unberechtigten Erwägungen würden noch wirksamer sein, wenn das Blatt seine Mahnungen zur Mäßigung und Einschränkung verbunden hätte mit dem Hinweis auf das leider vielfach so gegenseitige Beispiele, das auch heute **noch weite Kreise der Bemittelten und Besitzenden** geben. Sie sind es in erster Linie, die durch einen ungezügelten, wenn nicht gar noch gesteigerten Genuß, einen wirtschaftlichen und moralischen Raubbau treiben, der unverantwortlich ist und den radikalen Elementen reichlichen Stoff dazu liefert, Wirtschaftsfragen unsachlich zu politischen Zwecken auszubeuten."

Eine echte „Politik der Mitte", der christlichen Demut und des demagogischen Augenzwinkerns, die es allen recht zu machen gedenkt, indem sie — im Bewußtsein der Mitschuld an der Preistreiberei — verlegen von einem Fuß auf den anderen tritt, bei der aber niemand satt und froh wird. Auch die christlichen Arbeiter nicht!

Die Truppensendungen nach Oberschlesien

Ein englisch-französischer Schritt in Berlin

Paris, 25. August.

Havas meldet aus London: **Die englische Regierung hat dem Botschafter in Berlin Lord d'Abernon Weisungen erteilt, sich dem Schritt seines französischen Kollegen anzuschließen und die deutsche Regierung davon zu verständigen, daß die Verbandsregierungen sich über die Entsendung von sechs Bataillonen nach Oberschlesien verständigt haben.**

Die Antwort Irlands

EE. London, 26. August.

Gestern, mittags 1 Uhr, traf in Downingstreet die Antwort der Sinnfeiner auf die englischen Vorschläge etc. Man hatte sie nicht vor Abend erwartet. Bald darauf trafen auch Lloyd George und Lord Curzon in London ein. Um 5 Uhr nachmittags fand ein englischer Kabinettsrat statt. Wahrscheinlich wird heute Mittag eine neue Sitzung abgehalten werden, in der die endgültige Antwort Englands auf die irischen Vorschläge beraten werden soll. Diese Antwort dürfte am Abend nach Irland abgehen. Ueber den Inhalt der irischen Note wie über die Absichten der englischen Regierung wird strengstes Stillschweigen bewahrt.

Die indischen Unruhen

London, 24. August.

Berichten aus den südindischen Aufstandsgebieten zufolge hat sich die Lage verschlimmert. Man schätzt, **daß bereits über 1000 Menschen in dem von der Aufstandsbewegung berührten Gebiete, das 2—3000 Quadratmeilen beträgt, ums Leben gekommen sind. Männer, Frauen und Kinder sind ermordet.** Die Moplahs rückten plündernd und sengend gegen Calicut vor. Aus den Städten gehen Hilferufe ein. Verteidigungstruppen sind abgegangen. Es kam bereits zu Zusammenstößen zwischen Moplahs, die durch die Propaganda Gandhis aufgestachelt sein sollen, und den Verteidigungstruppen, wobei 5—700 Moplahs von den Regierungstruppen getötet worden sind.

Reuter meldet aus Lahore, daß dort in einer Massenversammlung unter freiem Himmel **eine Entschließung gegen den Besuch des Prinzen von Wales angenommen wurde,** worin es heißt, das Volk von Lahore werde den Prinzen nicht willkommen heißen, „solange die Wunden, die die Erklärung des Standrechts geschlagen habe, nicht geheilt seien, solange die Versprechungen bezüglich des Kalifats nicht erfüllt seien, und solange im ganzen Lande der Hunger herrsche."

In einem Telegramm des Vizekönigs von Indien, Lord Reading, an das indische Bureau in London, bestätigt dieser die Meldungen aus Kalikut und anderen südindischen Gebieten, wonach im ganzen Gebiete von Malabar schwere Unruhen ausgebrochen sind.

Groß-Berlin

Kulturinteressen gehen vor

Der Turnverein „Fichte" sendet uns folgendes Schreiben zur Veröffentlichung:

„Die Reitbahn „Wilhelms des Letzten" im ehemaligen königlichen Marstall ist vom preußischen Fiskus durch Beschluß von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung für den Zweck gemietet worden, die immer unerträglicher werdende Spielplatz- und Turnhallennot zu beheben. Diese für den Sportbetrieb so wunderbar geschaffene Reitbahn ist zur Verfügung des Städtischen Jugendamtes gestellt worden. Der Magistrat verlangte eine Pachtsumme von 30 000 M., welche das Jugendamt nicht zahlen kann. Die Reitbahn wurde unterdessen vom Anschaffungsamt der Stadt Berlin benutzt. Jetzt erfahren wir, daß die Rathausverwaltung dem Magistrat anheimstellt, diese für die Berliner Turn- und Sportvereine bestimmte Reitbahn der Freien Deutschen Künstlerschaft G. m. b. H. weiterzuvermieten und demgemäß beschlossen hat. Die Herren sind in der Lage, die Pachtsumme von 30 000 M., evtl. auch noch mehr, zu zahlen. Wenn wir auch für die Kunst Verständnis haben, so ersehen wir hier, daß bei der Stadt Berlin rein kapitalistische Interessen in den Vordergrund gestellt werden, anstatt den Worten die Taten folgen zu lassen, der Wiedererstarkung der Volksgesundheit, besonders der Jugend, diese für unsere Zwecke geeignete Sporthalle zur Verfügung zu stellen. Für die Künstlerschaft gibt es doch andere Räume! — Wir erwarten, daß die Stadtverordnetenversammlung diesem Beschluß des Magistrats nicht zustimmt, mehr Interesse zeigt für die körperliche Erziehung der Jugend als für Kunstausstellungen.

Wir können dem Magistrat einen anderen Weg weisen, seinen Stadtsäckel zu füllen, als auf Kosten der sporttreibenden Arbeiterschaft."

Wie die Alten sungen

Die vielen in letzter Zeit veranstalteten Boxkämpfe, die trotz ihrer Roheit und Brutalität fast von der gesamten Presse aufs eingehendste geschildert werden, zeigen ihre schlimmste Wirkung schon jetzt auf unsere Jugend. Nicht nur, daß sie diese Schilderungen mit Begeisterung lesen, sondern sie eifern den Boxkämpfern nach. Angespornt durch die Verherrlichung der wüsten Prügeleien, wollen sie es den Boxkämpfern gleichtun und liefern sich gegenseitig gleichfalls Kämpfe, die in bezug auf die gegenseitigen Verletzungen dann tatsächlich den „großen Boxkämpfen" nicht nachstehen.

Bei einem solchen blutigen Boxkampf von Jungen, die dabei regelrecht mit Boxhandschuhen ausgestattet waren, in der Gneisenaustraße wollte ein Passant durch sein Dazwischentreten diesem groben Unfug ein Ende machen. Er mußte aber erleben, daß er von den zahlreich dabeistehenden Erwachsenen mit Schimpfworten bedacht und ihm sogar ein „Kampf ohne Handschuhe" angedroht wurde.

Die darin zum Ausdruck gekommene Roheit zeigt, welche Wirkungen der „Boxsport" auf seine Anhänger ausübt. Eltern und Erzieher müssen alles daransetzen, um unsere Jugend vor solchen geistigen Verirrungen zu bewahren. Der Jugend ist am besten geholfen durch Pflege wirklich guten Sports in den Arbeitersportvereinen, wo ihnen auch gleichzeitig klargemacht wird, daß sie Sport nicht des Sports wegen treiben dürfen, sondern daß dieser ihnen die körperliche Ertüchtigung geben soll, im Lebenskampf ihren Mann zu stehen.

---

bei den Missionen den Unterschlupf finden, den ihnen das bürgerliche Leben nicht mehr gewährt. Der Uebertritt anständiger oder gar gebildeter Elemente gehört zu den seltensten Ausnahmen. Und in der Tat wird es schwer halten, unter den chinesischen Christen einen ordentlichen Menschen zu finden. Nie wird sich ein Europäer in China einen Christen als Diener halten; er kennt deren Eigenschaften zu gut; geht ihnen doch mit dem Ausscheiden aus ihrer sozialen und kulturellen Gemeinschaft alles verloren, was den Chinesen sonst angenehm und liebenswert macht.

Der Volkskraft-Bund eröffnet seine diesjährige Spielzeit mit einer Vorstellung von „Hoffmanns Erzählungen" im Deutschen Opernhause am Sonnabend, den 10. September, nachmittags 2½ Uhr. Musikalische Leitung: Eduard Mörike. Karten in den bekannten Verkaufsstellen. — Weiter veranstaltet der Volkskraft-Bund vier Theatervorstellungen für 12 bis 25 M. ab 9. Oktober Sonntags nachmittags 3½ Uhr unter Mitwirkung erster Berliner Bühnenkräfte im Central-Theater, Alte Jakobstraße 30. Die künstlerische Leitung liegt in den Händen von Dr. Martin Zickel. Zur Aufführung gelangen in einem Abstande von je drei Wochen: „Der Verschwender" (Raimund), „Kabale und Liebe" (Schiller), „Weh dem, der lügt!" (Grillparzer), „Der Meineidbauer" (Anzengruber). Abonnementskarten sind zu beziehen durch die Buchhandlung der „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Ein kunstgeschichtliches Preisausschreiben. Das preußische Kultusministerium schrieb kürzlich für die vorgeschrittenen Mitglieder des kunstgeschichtlichen Seminars an der Berliner Universität, das Geh.-Rat Adolf Goldschmidt leitet, einen Wettbewerb für knappe, wissenschaftlich, aber volkstümlich gehaltene „Führer" durch die Gärten von Sanssouci und durch Kloster Chorin aus. Die Preise sind jetzt verteilt worden, für Sanssouci an Hans Huth, für Chorin an Heinz Löffler. Die Führer sind für eine Serie „Deutsche Kunst" bestimmt, eine Folge kleiner Kunstbücher, die der im Anschluß an die „Staatliche Lichtbildstelle" in Preußen gegründete Deutsche Kunstverlag in Berlin herauszugeben plant. Diese Folge, die als Gegenstück zu den hübschen österreichischen Kunstbüchern des Wiener Staatlichen Lichtbildamtes Führer von etwa 2 bis 3 Bogen Umfang mit Bildern, für deren Qualität der Ruf der früheren Preußischen Meßbildanstalt bürgt, für die Kunstschätze der deutschen Lande bringen wird, beginnt allernächstens mit dem Führer durch das Berliner Schloßmuseum zu erscheinen, den Generaldirektor Otto von Falke geschrieben hat. Es folgen dann ein Führer durch Schloß Sanssouci von Friedrich Winkler, dem Bibliothekar der Berliner Museen, ein Büchchen über das Potsdamer Stadtschloß von Paul Seidel, dem Leiter der Kunstsammlungen des früheren Kaiserhauses, Führer durch Schloß Brühl bei Köln von Edmund Renard, dem Konservator der rheinischen Kunstdenkmäler, für die Römerbauten in Trier usf.

Eine Hodler-Gedächtnisausstellung. Im Berner Kunstmuseum wird dieser Tage, wie in der „Kunstchronik" berichtet wird, eine Ausstellung eröffnet, die ein umfassendes Bild von der ganzen Entwicklung des großen Schweizer Meisters Ferdinand Hodler darbieten soll. Ein Komitee, dem die führenden Persönlichkeiten des Berner Kunstlebens angehören, hat die wichtigsten Werke Hodlers, soweit sie sich in Schweizer Besitz befinden, zusammengebracht. Auch deutsche Museen haben ihre Schätze zu diesem Zwecke geliehen. Im ganzen sind 600—700 Arbeiten aus allen Perioden des Künstlers vereinigt.

Gebrauchsgraphik. In der Unterrichtsanstalt des Berliner Kunstgewerbemuseums, in der Bibliothek, sind jetzt die Zigarren-, Zigaretten- und Tabakpackungen von Josef Feinhals u. Co. in Köln ausgestellt, die von einer Anzahl unserer ersten Graphiker zu sehr reizvollen Gebilden ausgestaltet worden sind. Die größte Zahl davon stammt von F. H. Ehmcke in München, der damit einen maßgebenden Typus für dies heute so große Feld von Gebrauchsgraphik geschaffen hat. Weiter sind vertreten: Josef Olbrich, E. R. Weiß, Lucian Bernhard, Karl Sigriß; von jüngeren Berlinern Jacqui Freiberg, Erwin Haß, Erich Mende, Fritz Rumpf, Erich Simon, Fritz Steinert. Auch diese Ausstellung gibt ebenso wie die vorangehende von Packungen für Schreibmaschinenfarbbänder ein sehr erfreuliches Bild von der Leistungsfähigkeit der deutschen Graphik für solche praktischen Zwecke.

Prof. Artur Volkmann, der Frankfurter Bildhauer, vollendet am Sonntag, 28. August, sein 70. Lebensjahr. Volkmann gehörte in Rom zum engeren Freundeskreis Hans von Marées', dem er auch das Grabmal auf dem protestantischen Friedhof an der Pyramide des Cestius in der römischen Campagne geschaffen hat. Kurz vor dem Kriege siedelte Volkmann nach Frankfurt a. M. über. In Deutschland zählen zu seinen Hauptwerken der Schloßbrunnen auf dem Schloßhofe in Dresden und das Denkmal des Chirurgen Richard von Volkmann vor der Klinik in Halle.

O dieser Druckfehlerteufel! Bei seinen neuesten Schelmenstreichen hat er es sogar auf den „Vorwärts" abgesehen. In unserem Artikel „Schulprogramm der U. S. P. D." in der gestrigen Abendausgabe heißt es in der ersten Spalte auf der 14. Zeile: Wie im „Vorwärts" bemerkt wird ... Das muß aber heißen: wie im Vorwort bemerkt wird. Den „Vorwärts" aber bitten wir im Namen des Druckfehlerteufels um Entschuldigung, weil ihm hier etwas in seine Schuhe geschoben wird, woran er ausnahmsweise einmal nicht schuld ist.

Tages-Notizen

Im Walhalla-Theater findet am Sonnabend, den 27. d. M., die 250. Aufführung der „Scheidungsreise" statt. Am Mittwoch, den 31. d. M., Schluß der Sommerspielzeit und letzte Aufführung der „Scheidungsreise". — Direktor Edi Winterfeld eröffnet am 1. September die Spielzeit der „Volksoperette" im Walhalla-Theater mit Offenbachs „Schöne Helena".

Störende Musik

Was man sich heute von kirchlicher Seite alles erlaubt, ist doch grenzenlos. Schon seit einiger Zeit übt im Norbertkrankenhaus in Schöneberg ein Kirchenchor abends seine kirchlichen Gesänge ein. Ohne Rücksicht auf die vielen Schwerkranken und Operierten, die fast täglich mit dem Tode ringen, sich also nach Ruhe und nochmals nach Ruhe sehnen, spielt man abends bis 10 Uhr in einem Saale Klavier, meistens bei geöffneten Fenstern, so daß der Schall recht voll hinausdringen kann. Ein Chor beiderlei Geschlechts singt dabei aus voller Kehle lateinische Lieder. Daß man ausgerechnet hierzu ein Krankenhaus wählt, ist jedem vernünftigen Menschen unbegreiflich. Es ist höchst bedauerlich, daß die Leitung des Krankenhauses hiermit vollkommen einverstanden ist. Aber wie kann auch eine katholische Oberin einem katholischen Kirchenchor so etwas antun und ihm den Saal verbieten. Wenn nur am kommenden Sonntag in dem kirchlichen Theater der Gesang recht schön klappt, dann mögen kranke Menschen schon mal belästigt werden. Ein Krankenhaus ist doch keine „Philharmonie!"

Der Schulstreik in Bohnsdorf

Am Mittwoch, den 24. August, tagte in der Bohnsdorfer Schule eine gutbesuchte Elternversammlung, zu der Vertreter des 16. Bezirksamtes erschienen waren. Der Berichterstatter teilte mit, daß 68 Prozent der Kinder im Streik ständen. Das Bezirksamt hatte in dankenswerter Weise versucht, die Differenzen zwischen Elternschaft und Schulbehörde zu schlichten. Die anwesenden Vertreter des Bezirksamtes mußten sich aber überzeugen, daß die aufs äußerste erbitterten Eltern zu keinem Kompromiß bereit waren. Trotzdem die Potsdamer Regierung erklärt, solange der Streik bestehe, wolle sie in keine Verhandlungen eintreten, hält die Elternschaft unentwegt an ihrer Forderung fest: Entlassung des Lehrers Kühne und Wiedereinstellung des entlassenen sozialistischen Lehrers und wird solange in der Aktion bleiben, bis ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind.

Die Kinder werden während der Schulstunden im Walde beschäftigt, spielen und erhalten Unterricht.

Karten mit 6 Worten billiger als mit fünf. Eine Ansichtskarte, auf der, abgesehen von der Adresse des Empfängers, nur der Absender seinen Namen, seinen Wohnort usw. angegeben hat, kostet als Drucksachenkarte mit der Flugpost befördert, 10 + 80 = 90 Pf. Schreibt man noch Grüße bis zu fünf Worten hinzu, so wird die Karte eine gewöhnliche Drucksache und kostet 15 + 80 = 95 Pf. Sobald man aber sechs Worte auf die Karte schreibt, so kostet sie nur 60 Pf. Sie ist eine Postkarte geworden, die an sich 40 Pf. kostet, für die aber der Flugpostzuschlag nur 20 Pf. beträgt. Wir hatten schon darauf hingewiesen, daß auch Drucksachen mit der Flugpost teurer als Briefe sind. Eine Drucksache bis zu 20 Gramm kostet 15 + 80 = 95 Pf., ein geschlossener Brief in demselben Gewicht dagegen nur 20 + 60 = 80 Pf. Das Reichspostministerium prüft jetzt die Frage, ob nicht etwa Drucksachenkarten mit demselben Flugpostzuschlag wie Postkarten zugelassen werden könnten. Solche Flugpost-Drucksachenkarten würden dann nur 10 + 20 gleich 30 Pf. kosten.

Schiedsmannswahlen durch die Bezirksversammlungen. Der Berliner Magistrat hat auf eine Anfrage des Bezirksamts Pankow den Bescheid erteilt, daß die Wahlen der unbesoldeten Gemeindebeamten, also auch der Schiedsmänner, durch die Bezirksversammlungen zu erfolgen haben. Alle Anträge wegen Neu- und Wiederwahlen von Schiedsmännern oder deren Stellvertreter sind daher an die zuständigen Bezirksämter zu richten. Das Recht einer etwaigen Neueinteilung oder Neuabgrenzung der Schiedsmannsbezirke innerhalb des Verwaltungsbezirks steht ebenfalls den Bezirksämtern zu.

Das pazifistische Ortskartell Groß-Berlin fordert alle Friedensfreunde dazu auf, die von den beiden sozialistischen Parteien und dem Gewerkschaftskartell Potsdam beabsichtigte Gegendemonstration zur **Potsdamer Monarchisten-Revue** am kommenden Sonntag mit Hindenburg, Ludendorff und Eitel Friedrich zu unterstützen. Treffpunkt der Gegendemonstranten Potsdam, Bassinplatz, Sonntag, den 28. August, mittags 1½ Uhr.

Jugendgenossinnen! Jugendgenossen! Als Gegendemonstration gegen den nationalistischen Rummel, der sich am kommenden Sonntag in Potsdam breitmachen will, veranstalten die Sozialisten aller Parteirichtungen und die radikalen bürgerlichen Pazifisten (Bund „Neues Vaterland") ebendort eine große Kundgebung. Es ist unsere Pflicht, dazu beizutragen, daß diese Demonstration machtvoll wird und dem monarchistischen Gelichter einen Begriff von unserer Stärke gibt. Alle Gruppen müssen vollzählig vertreten sein. Treffpunkt: Sonntag vormittag 11 Uhr Potsdamer Bahnhof. Soz. Prol.-Jugend Groß-Berlin.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonnabend. Ziemlich kühl, veränderlich, mit öfter wiederholten geringen Regenfällen und mäßigen west- bis nordwestlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Die Wahrheitsliebe des „Berliner Lokalanzeigers"

Seit Jahren haben wir uns daran gewöhnt, daß alljährlich, während der Zeit der sauren Gurken und der Hundstagshitze unter den immer wiederkehrenden, lieben, alten Bekannten, die Seeschlange, das Trinkgeld und die Ministereinkommen der Gasthausangestellten regelmäßig in den Tageszeitungen zu finden sind.

Auch war zu erwarten, daß die außergewöhnliche Hitze des heurigen Sommers, gepaart mit der bereits seit drei Monaten von der Gesellschaft für soziale Reform eingeleiteten Bewegung zur Abschaffung der auch von der Mehrzahl der Kellner verurteilten Unsitte des Trinkgeldes, den in der Sommerfrische Erfahrungen sammelnden Journalisten Veranlassung geben würde, das Trinkgeld anläßlich der von der erwähnten Gesellschaft eingeleiteten Bewegung zu besprechen.

Wir können feststellen, daß das letztere auch in vielen Fällen die Voraussetzung war, unter welcher das Trinkgeld auch während der Saurengurkenzeit in der Tagespresse besprochen wurde.

Anders aber im „Berliner Lokalanzeiger" vom 5. August 1921, wo ein moderner Zeilenschinder mit dem Pseudonym Dr. M. P. über „Das Trinkgeld" Ausführungen macht, die man schon nicht mehr auf das Konto der tropischen Hitze des heurigen Sommers buchen kann. Die Art und Weise, wie es dieser Skribifax unternimmt, die Berliner Kellner in gemeinster und verlogenster Weise anzupöbeln, muß uns vielmehr die Vermutung eingeben, daß andere Gründe die Ursache gewesen sind, den Artikel zu verfassen. Die darin enthaltenden Unwahrheiten, Verdächtigungen und Entstellungen haben aber in der gesamten Berliner Kollegenschaft einen Sturm der Entrüstung ausgelöst.

Es ergibt sich aus dem Bericht die Tatsache, daß es dem Artikelschreiber weniger um die Berichterstattung, als vielmehr um Stimmungsmache zu tun gewesen ist. Man kann um so leichter zu dieser Vermutung kommen, als am 5. August bereits allgemein bekannt gewesen ist, daß die Berliner Gasthausangestellten den Tarif kündigen wollten und zwar deshalb, weil nicht nur das Einkommen der Berliner Kellner, sondern der gesamten Gehilfenschaft, was wiederum aus dem Tarif leicht ersichtlich, in keinem Verhältnis zu den heutigen Lebensbedürfnissen stehen. Allein dieses völlig ungenügende Einkommen hatte die Berliner Kellner gezwungen, Trinkgeld überhaupt wieder anzunehmen.

Die Berliner Kellner erhalten keine 10 Prozent, wie in dem Artikel behauptet wird, auch fällt es niemanden in Berlin ein, 20 Prozent zu fordern; diese beiden Behauptungen sind direkt aus der Luft gegriffen und geeignet, das Publikum gegen die Kellner aufzuhetzen. Viele Kollegen sind daher der Meinung, daß der ganze Artikel auch nur deshalb geschrieben wurde, um Stimmung zu machen aus Anlaß der bevorstehenden Lohnbewegung; sie sehen in dem Artikel die irgendwie bezahlte Arbeit der Berliner Unternehmer. Dies ergibt sich auch aus der Behauptung, daß die Revolution als eine Riesenlohnbewegung firmiert und die Kellner das Trinkgeld als eines freien Mannes unwürdig bezeichnet haben. Die Kollegen nehmen heute den im letzten Satz ausgesprochenen Grundsatz ein, und wenn gleichwohl in Berlin dieselben, durch die Verhältnisse gezwungen, immer noch auf die Annahme von Trinkgeld angewiesen sind, so beweist das nur, daß die Kellner in Berlin eine völlig unzureichende Entlohnung bekommen, und daß der Verfasser des Trinkgeldartikels allen Anlaß hätte, seine unrichtigen Behauptungen zu revidieren, dies um so mehr, als Dutzende von Berliner Kellnern sich brieflich an den „Lokalanzeiger" mit Richtigstellungen gewandt haben.

Den klarsten Beweis aber dafür, daß mit diesem Trinkgeldartikel Stimmungsmache und bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung zugunsten der Unternehmer beabsichtigt war, dürfen wir aber wohl darin erblicken, daß der Lokalanzeiger der Aufforderung der Ortsverwaltung Groß-Berlin, die Unrichtigkeiten auf Grund des § 11 des Preßgesetzes richtigzustellen, bis heute noch nicht nachgekommen ist.

Lohnbewegung im Nahrungsmittelgroßhandel. Anfang August dieses Jahres haben die Arbeiter und Arbeiterinnen im Nahrungsmittelgroßhandel Forderungen gestellt, und zwar: Für Kutscher, Chauffeure 350 M. pro Woche, für Lagerarbeiter usw. 345 M. pro Woche, für Arbeiterinnen 240 M. pro Woche. Am Mittwoch, den 24. August hat eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß stattgefunden. Nach längerer Verhandlung machte der Ausschuß einen Vergleichsvorschlag, wonach ab 1. August d. J. mit Gültigkeit bis 31. Oktober 1921 zu zahlen sind: Für Kutscher, Chauffeure 300 M. pro Woche, für Lagerarbeiter usw. 295 M. pro Woche, für Arbeiterinnen 195 M. pro Woche. Die Arbeitgeber erklärten sich mit diesem Vergleichsvorschlag sofort einverstanden und verlangten, daß die Arbeitnehmer sofort ihre zusagende Erklärung abgeben sollten. Hierzu waren die Arbeitnehmer nicht bereit, da ihnen die Zugeständnisse nicht weitgehend genug waren. Die Unternehmer verlangten nun die Fällung eines Schiedsspruches, welches der Schlichtungsausschuß ablehnte. — Am Freitag, den 26. d. M., wird im Lokal von Boeker in der Weberstraße 17 eine Vollversammlung der Arbeiterschaft aus obengenannten Betrieben Stellung nehmen zu dem Vergleichsvorschlag. Es dürfte nicht zweifelhaft sein, daß diese Versammlung den Vergleichsvorschlag als der jetzigen Teuerung nicht entsprechend, ablehnt und damit ein Streik im Nahrungsmittelgroßhandel in drohender Nähe steht. Der Standpunkt der Arbeiterschaft in diesen Betrieben dürfte verständlich sein, wenn man in Betracht zieht, daß das Reichsarbeitsministerium aus Anlaß der jetzigen herrschenden Teuerung eine Lohnaufbesserung von 1.— M. pro Stunde für unumgänglich notwendig erachtet. Die Unternehmer können sich über schlechte Konjunktur oder ungenügenden Verdienst nicht beklagen, und sind wohl in der Lage, ein weitergehendes Entgegenkommen zu zeigen, als wie sie es hier getan haben. Wenn die Unternehmer noch weiterhin einen derartigen hartnäckigen Standpunkt einnehmen, und letzten Endes nicht noch ein Entgegenkommen zeigen, so muß diesen die Verantwortung für die eintretenden Folgen zugeschoben werden.

Buchdrucker! „Die Opposition" Nr. 8 ist erschienen und gelangt heute ab 4 Uhr zur Ausgabe bei Baum, Stallschreiberstr. 47. Außerdem sind Exemplare zu haben bei den Kollegen: Nicolai, Westen, Steinmetzstr. 58; Faubrich, Osten, Ebertystr. 29; Boecker, Norden, Wildenowstr. 12; Rose, Neukölln, Biebricher Str. 1. Wir bitten unsere Verbindungsleute für regelmäßige Abholung und rege Propaganda Sorge zu tragen.

Parteiveranstaltungen

Freitag, 26. August

2. Verwaltungsbezirk. 4. Distrikt (Westen). Abends 6 Uhr, pünktlich, engere Vorstandssitzung bei Wiener, Bülowstr. 18.

Sonnabend, 27. August

12. Verwaltungsbezirk (Steglitz, Lankwitz, Lichterfelde). Abends 7 Uhr im Rathaus Steglitz Sitzung der kommunalen Kommission, der Stadt- und Bezirksverordneten usw.

Verwaltungsbezirk Wedding. 5 Uhr Sitzung der Distriktsvorsitzenden im Sitzungszimmer des Bezirksamts, 1. Stock, Zimmer 122.

17. Bezirk (Neukölln). Zahlabend bei Kaphamel, Thomas-, Ecke Bodestraße. Es ist dringend notwendig, daß jeder Genosse erscheint.

Sonntag, 28. August

1. Distrikt (Berlin-Mitte). Familien, welche mit ihren Kindern an unserem Ausflug teilnehmen, treffen sich früh ½9 Uhr Untergrundbahnhof, Eingang Zossener Straße. Von dort Abfahrt 9 Uhr. Nachzügler „Alten Freund", Pichelswerder.

2. Distrikt (Berlin-Mitte). Treffpunkt zur Demonstration nach Potsdam Bülowplatz, 11 Uhr vormittags.

4. Distrikt. Wanderung nach Strausberg-Annathal-Straussee. Abfahrtszeiten vom Schles. Bahnhof 6.25, 7.35 bis Strausberg. Dortselbst warten die Führer. Erkennungszeichen: Weiße Armbinde mit rotem (N). Lokal ist in der Nähe vorhanden.

8. Distrikt. Massenausflug nach Potsdam. Treffpunkt ½9 Uhr, Sparrplatz.

12. Distrikt. Genossen und Genossinnen, die am Ausflug nach Potsdam teilnehmen, treffen sich früh 9 Uhr am Bahnhof Greifenhagener Straße.

14. Distrikt. Früh 11 Uhr, Bülowplatz (Volksbühne), Treffpunkt zur Demonstration nach Potsdam. Abfahrt 11.41 Uhr. Rege Beteiligung erwartet der Vorstand.

20. Distrikt. Soz. Proletarier-Jugend. Wanderfahrt nach dem Päßer Nebersee. Treffpunkt früh 7 Uhr, Spreewaldplatz (Zeitungskiosk). Alle jugendlichen Genossen sind herzlich eingeladen.

Steglitz. Die Ortsgruppe nimmt an der Demonstration in Potsdam teil. Treffpunkt Bahnhof Steglitz ½12 Uhr. Abfahrt 12.3 Uhr. Die Gruppenführer werden ersucht, wenn irgend möglich, hierzu einzuladen.

Cöpenick. Die Ortsgruppe der U. S. P. D. veranstaltet einen Familienausflug nach Müggelschlößchen. Treffpunkt nachm. 2 Uhr an der Turnhalle der 2. Gemeindeschule, Müggelheimer-, Ecke Amtsstraße. Die Genossen und Genossinnen mit Familie der beiliegenden Orte des Verwaltungsbezirks sind dazu eingeladen.

Vereinskalender

Sonnabend, 27. August

Freie Lehrergewerkschaft. Abends 7 Uhr, Rathaus, Zimmer 109, Geschäftssitzung. 1. Gewerkschaftsfragen; 2. Kollegiale Schulleitung.

Sonntag, 28. August

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Vorm. 9 Uhr findet in den Sophiensälen, Sophienstr., eine Branchenversammlung der Walzwerk-, Blei- und Drahtkabel-, sowie Papiertransportarbeiter und Arbeiterinnen statt. Tagesordnung: 1. Bericht, Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen; 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. — **Gruppe Fuhrgeschäftler.** Vorm. 10 Uhr im Lokal von Fenske, Melchiorstr. 15, Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission von den jetzt stattgefundenen Verhandlungen.

Freireligiöse Gemeinde. 11 Uhr im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Herrn Dr. A. Rosenberg: Die Kirche in England. Harmonium: Aus „Afrikanerin" (Meyerbeer). Gäste willkommen.

Montag, 29. August

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Sektion Staatsbetriebe. Nachm. 5 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12, Vollversammlung des Personals der Groß-Berliner Versorgungs-Krankenhäuser. Tagesordnung: Tarifverhandlungen. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Dienstag, 30. August

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Sektion Bau. Abends 7½ Uhr Kommandantenstraße 62-64, v. 3 Tr., Sitzung der Obleute aller Baubetriebe. Tagesordnung: Stellungnahme zur wirtschaftlichen Lage. Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es dringend notwendig, daß aus jedem Betriebe eine Kollegin vertreten sein muß.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebichütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: I. V.: Robert Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kamerliner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Am Sonntag, den 28. August 1921, vormittags 9½ Uhr, im Lokal von Woßschläger, Adalbertstraße 21

Außerordentliche Versammlung
der Drahtarbeiter Groß-Berlins

Die Vertrauensleute treffen sich im selben Lokal um 8½ Uhr

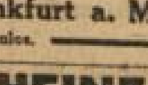
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlung mit den Unternehmern über die Teuerungszulage
2. Branchenangelegenheiten
3. Verschiedenes

Die Ortsverwaltung.

Botenfrauen sofort gesucht!
Spedition Werner
Greifswalder Straße 29
Tour: Neue König-, Wadzek-, Prenzlauer Str.

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9

Fahrrad-Bereifung.



Laufmäntel M. 44.50, 50.— u. 60.—
Gebirgsreifen „ M. 68.50 u. 88.—
Luftschlauch M. 13.50, 17.— u. 22.50
Fahrräder mit Bereifung, größte Auswahl von M. 860.— an.
Franz Verheyen, Frankfurt a. M.
Preisliste Nr. 31 kostenlos.

NOTGELDSCHEINE
Preislisten kostenlos. Hall, Münzenhandlung, Berlin W 66, Wilhelmstr. 48.

Billige an Wald und Wasser gelegene Parzellen in Heiligensee
bei Tegel.
Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Anzahlung von M. 500 an. Günstige Abzahlung. Auskunft: Terraingesellschaft Heiligensee, Berlin NW, Schiffbauerdamm 28, Tel.: Norden 718 / In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Restaurant Rathskeller, Heiligensee, Kirschallee. Teilstr. d. Tegel-Heiligens. Straßenb.

Anfang September erscheint:

Die Erwerbslosenfürsorge
nach dem neuesten Stande

Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche Darstellung der **Erwerbslosen und Kurzarbeitern** zustehenden Ansprüche unter Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Bescheide sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages

Von Rudolf Weck
Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr.

Preis 8.— Mark

Für Gemeindebehörden, Betriebsräte, Obleute, Arbeitersekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, überhaupt für jeden, der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich

Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H.
Berlin C 2 — Abt. Buchhandlung — Breite Straße 8-9

Annahme in allen Speditionen des Verlages — **Kleine Anzeigen** — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Räderweidlich. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstr. 96 (Humboldt 674).

Bettwäsche billig. Ausnahmetage verlängert bis 27. Deckbettbezug 36.—, Kissen 11.—, Laken 21.—, Inletts 60.—, Wäschestoffe, Handtücher Engrospreise. Fahrtvergütung. Wäschefabrik Brückstraße 39 (Hasenheide). Geöffnet bis 7.

Klappsportwagen, Kinderwagen, Kinderdrahtbettstelle, hochelegant, verkauft Schwerpmann, Kottbuser Damm 92.

Neuheit. Gummikragen, abwaschbar, unverwüstlich. Dauerwäschebaum, Reichenbergerstr. 7.

Kreuzfüchse, einmaliges Angebot, große Exemplare zum Aussuchen, von 250.— an. Silberfüchse, Zobelfüchse, Alaskafüchse usw., fabelhaft billig! Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 3.

Sealmäntel, Prachtexemplare, 50 bis 75 Proz. billiger als im Laden. Keine Lombardware. Leihhaus Brunnenstraße 5.

Teppiche, wenig gebraucht, verkauft billig Stein, Anklamerstraße 29.

Einsegnungsanzüge Kammgarn 250.—, Herrenanzüge, Gummimäntel, Damenmäntel, Röcke, Fuchskragen, Gardinen, Wäsche, Goldwaren. Riesenauswahl. Keine Versatzware. Leihhaus Boyhagener Straße 47 (Holsteiner).

Staunenerregend! Rotfüchse 60.—, Kreuzfüchse 75.— Mark an! Alaskafüchse! Silberfüchse! Zobelfüchse! Pelzmäntel, sowie alle anderen Pelzarten! Riesenauswahl! Keine Versatzwaren! Alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Str. 7.

Kreuzfüchse, Silberfüchse, Alaskafüchse. Spottbilliger Verkauf. Gelegenheitskäufe von Herrengarderobe. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2, Hallesches Tor.

Möbel

Chaiselongues 200.— bis 575.—, Umbauplüschsofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 116.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Stube und Küche mit Sofa, wenig gebraucht, 1800 M., sofort verkauft Hallenstr. 6, Laden.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34.

Chaiselongues 190.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 190.—, Kinderdrahtbett. Weiche, Augustastr. 32a, Laden.

Fahrräder

Motorräder, Autozubehör, Motore kauft Herrmann, Fahrzeugfabrik, Schwedter Str. 255.

Kaufgesuche

Achtung! Höchste Preise für bessere Möbel, ganze Wirtschaften, Perserteppiche, Brücken, Klaviere, zahlt, da dringender Bedarf, Korn, Chausseestr. 91, Norden 12 604.

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenkeller, Linienstraße 199a (Rosenthaler Platz). Norden 3053.

Photoapparate, Prismengläser kauft Haller, Neue Königstraße 19c.

Werkzeuge und Maschinen

Bohrknarren, [illegible] kauft Fahrradgeschäft [illegible] hauser Allee 163. [illegible]

Kugellager kauft [illegible] zahlend jeden Posten [illegible] straße 46, Laden. [illegible]

Spiralbohrer, [illegible] leinen, Feilen. [illegible] Straße 44.

Spiralbohrer und [illegible] Werkzeuge, Schraubstöcke [illegible] billigst. Richard Berlin G. m. b. H., Lübecker Str. 16, Hansa [illegible]

Geld-Verkehr

Betriebskapital, [illegible] darlehen. [illegible] Richter, Invalidenstraße 144. [illegible]

Verschiedenes

Silber, Kunstblätter, [illegible] schmuck mit und ohne [illegible] kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.